

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

22.12.1863 (No. 300)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 22. Dezember.

N. 300.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karls-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Drittes Bulletin

über das Befinden Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Frau Markgräfin Wilhelm.

Karlsruhe, 20. Dezember.

Gestern gegen Mittag trat bei der hohen Kranken vermehrte Nervenregung und größere Unruhe auf, welche mehr oder weniger bis Mitternacht andauerte. Nach Mitternacht stellte sich öfters unterbrochener Schlaf ein.

Diesen Morgen zeigt sich im Allgemeinen mehr Ruhe, und der Zustand ist im Ganzen jedenfalls nicht schlimmer, als gestern in der Frühe.

Dr. Buchegger.
Dr. Meier.

Viertes Bulletin

Karlsruhe, 21. Dezember.

Nachdem gestern die nervöse Aufregung in geringerem Grade immer noch von Zeit zu Zeit aufgetreten war, verlief die letzte Nacht verhältnismäßig sehr ruhig.

Die Kongestionen nach dem Kopfe, sowie die Zeichen des Hirnbrudes haben sich wesentlich gemindert, und man kann heute überhaupt merkliche Besserung in dem Befinden der hohen Patientin wahrnehmen.

Dr. Buchegger.
Dr. Meier.

Amtlicher Theil

Karlsruhe, den 20. Dezember.

Ordensverleihungen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 11. Nov. d. J. gnädigst bewegen gefunden, Höchstihrem Ministerpräsidenten am königlich württembergischen Hofe, Legationsrath Kammerherrn v. Dusch, das Kommandeurkreuz zweiter Klasse des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 7. Dez. d. J. gnädigst bewegen gefunden,

dem Grafen Camillo de Barral de Monteauvillard, Ministerresident Seine Majestät des Königs Viktor Emanuel bei dem Deutschen Bunde, und dem türkischen Generaladjutanten Kiani Pascha in Konstantinopel das Großkreuz, sowie dem kaiserl. französischen Chef du Cabinet du Directeur de l'Administration de la Guerre, Marguerite Antoine Guillaume Edmond Panafieu zu Paris, das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Durch Allerhöchste Ordre vom 18. d. M. wird die Garnisonkommandantchaft Bruchsal dem Oberlieutenant von Degenfeld, Kommandant des (1.) Leib-Drägerregiments, übertragen.

Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewegen gefunden, unter dem 11. d. M. den Professor Holzner am Lyceum in Rastatt zum Professor am Lyceum in Heidelberg, den Professor Kreyer am Lyceum in Mannheim zum Professor am Lyceum in Rastatt zu ernennen; die mit dem Diöcesanat verbundene Lehrstelle an der höhern Bürgerschule in Bretten dem ehemaligen Vorsteher der höhern Bürgerschule in Eberbach, Pfarrer und Bezirksschulinspektor Leopold Abegg in Ruppurr, zu übertragen; den Lehramts-Praktikanten Dr. Johann Fink von Landenbach zum Professor an der höhern Bürgerschule in Baden, die Lehrfrau Bertha Wirth zur Vorsteherin des weiblichen Lehr- und Erziehungs-Instituts Adelhausen zu Freiburg zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil

Telegramme.

Frankfurt, 21. Dez. Vormittags. Man telegraphirt dem „Mannh. Journ.“: Die erste Liste wies gestern 277 Abgeordnete nach, heute 384; die Zahl wird sich wohl im Ganzen auf 500 belaufen. Das Komitee war bis spät Nachts beisammen.

Frankfurt, Montag 21. Dez. Heute Morgen 10½ Uhr wurde der allgemeine deutsche Abgeordnetentag durch Sigmund Müller von Frankfurt eröffnet. Anwesend sind gegen 900 Abgeordnete aus allen Theilen Deutschlands. Die Gallerien und die Diplomatenloge sind voll besetzt. Sigmund Müller wird zum Präsidenten und die H. v. Bennigsen und v. Verckenfeld zu Vizepräsidenten ernannt. Verlesung von Adressen der Deutschen in Basel,

im Kanton Aargau und Neustadt a. d. A., die zur Wahrung der Rechte der Herzogthümer und der Ehre Deutschlands aufzufordern.

Prof. Edel von Würzburg begründet den Ausschussantrag, des Inhalts: Dahin zu wirken, daß des Herzogs Friedrich Recht anerkannt, die Anerkennung durch den Bund erwirkt, diesem Recht Geltung verschafft, die Trennung der Herzogthümer von Dänemark vollzogen und ihre Selbstständigkeit und unzertrennliche Verbindung sofort hergestellt werde.

Außerdem liegt ein Antrag mehrerer Ausschussmitglieder auf Bestellung eines Ausschusses von 36 Mitgliedern als Mittelpunkt der gesetzlichen Thätigkeit der deutschen Nation zur Durchführung der Rechte der Herzogthümer und ihres rechtmäßigen Herzogs vor. *)

Frankfurt, 21. Dez. Nachmittags. Der allgemeine deutsche Abgeordnetentag hat einstimmig, unter dem böhmernden Beifall der Gallerien, nachstehende Erklärung beschlossen:

„Die wirksame Sicherung der Rechte Deutschlands in Schleswig-Holstein beruht auf der Kostrennung der Herzogthümer von Dänemark. Der Tod Friedrich's VII. hat ihre Verbindung mit Dänemark gelöst. Der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852, ohne Zustimmung der Volksvertretungen und der berechtigten Agnaten zu Stande gekommen und von dem Deutschen Bunde nicht anerkannt, begründet kein Thronfolge-Recht Christian's IX. in Schleswig-Holstein. Kraft unabweislichen Rechts ist Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg zur Erbfolge in den Herzogthümern berufen. Die Geltendmachung der Thronfolge des Herzogs Friedrich ist zugleich die Geltendmachung der Rechte Deutschlands an Schleswig-Holstein.“

Hieraus entspringt die Verpflichtung des deutschen Volkes, für seine verlorene Ehre, für sein gefährdetes Recht, für seine unterdrückten Stammesgenossen und ihren rechtmäßigen Fürsten jedes nöthige Opfer zu bringen.

Einstimmig in dieser Anschauung übernehmen die hier versammelten Mitglieder der deutschen Landesvertretungen die Verpflichtung, mit allen gesetzlichen Mitteln in ihrem Wirkungskreise dahin zu streben, daß

1) wo und soweit dies nicht bereits erfolgt ist, das Recht des Herzogs Friedrich anerkannt und die Anerkennung durch den Bund erwirkt werde;

2) ohne Rücksicht auf fremden Einspruch diesem Rechte Geltung verschafft, die Trennung der Herzogthümer von Dänemark vollzogen und ihre Selbstständigkeit und unzertrennliche Verbindung sofort hergestellt werde.

Sie verpflichten sich ferner, diejenigen deutschen Regierungen zu unterstützen, welche für das volle Recht der Herzogthümer eifrig und thatkräftig eintreten, und diejenigen Regierungen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu bekämpfen, welche das Recht und die Ehre Deutschlands in dieser Sache preisgeben.“

Sodann wurde nach bewegter Diskussion nahezu einstimmig nachstehender Antrag mehrerer Ausschussmitglieder angenommen:

„Die Versammlung bestellte einen Ausschuss von 36 Mitgliedern als Mittelpunkt der gesetzlichen Thätigkeit der deutschen Nation zur Durchführung der Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein und ihres rechtmäßigen Herzogs Friedrich VIII. Der Ausschuss ist ermächtigt, eine aus einer kleinen Zahl von Personen bestehende geschäftliche Leitung einzusetzen. Der Ausschuss kann nach Umständen eine abermalige Versammlung von Mitgliedern der deutschen Landesvertretungen berufen.“

Kopenhagen, 20. Dez. Die heutige „Berling. Ztg.“ schreibt: Dem Vernehmen nach werden gleichzeitig mit dem Anfange der Bundeselection die nöthigen Veranstaltungen zur Errichtung der Zollgrenze an der Eider getroffen.

Stockholm, 17. Dez. (A. Z.) Das Telegramm des „Söderland“ bezüglich der skandinavischen Hilfsleistung ist der „Göteborg. Ztg.“ zufolge unbegründet.

Stockholm, 20. Dez. (Sch. M.) Dem Vernehmen nach erklärte die schwedische Regierung den Mächten, daß sie die Verletzung der Eidergrenze nicht unthätig ansehen könne. Die „Postz.“ sagt halbamtlich: die Regierung habe sich nicht zurückgezogen und werde keine andere Stellung als früher einnehmen.

New-York, 11. Dez. (Sch. M.) In seiner Botenschaft an den Kongress, der am 7. eröffnet wurde, bietet Präsident Lincoln dem Süden Amnestie an, falls er in die Union zurückkehre und den Befehlen sich unterwerfe. Die Proklamations zur Befreiung der Sklaven wird energisch aufrecht gehalten. Die Beziehungen zu den fremden Mächten seien freundschaftlich. England und Frankreich hätten verhindert, daß feindliche Expeditionen gegen die Union aus ihren Häfen auslaufen. Der Krieg sei das einzige Mittel, die Union wieder herzustellen, und eine Anleihe von 400 Mill.

*) Aus einem gestern (21.) Nachmittag ausgegebenen Extrablatt wiederholt.

Doll. das einzige Mittel, die Ausgaben bis Juni 1864 zu decken. — Lincoln befindet sich besser. — Der Rebellen-general Longstreet (Tennessee) ist in vollem Rückzug begriffen.

Deutschland.

Karlsruhe, 21. Dez. Heute sind Nr. 53 und 54 des Regierungsblatts erschienen. Nr. 53 enthält eine Bekanntmachung des großh. Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: Den Abschluß eines Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrags mit Chili betr.

Nr. 54 enthält (außer Personalnachrichten): I. Gesetz, die Eröffnung eines außerordentlichen Kredits für den Fall einer Mobilmachung des großh. Armeekorps betreffend.

II. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachungen des großh. Justizministeriums. a) Die Bekanntmachung der Einträge in das Handelsregister betreffend. b) Die Prüfung der Rechtskandidaten von 1863 betreffend. 2) Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern. a) Die Vornahme einer Ersatzwahl für den aus der Zweiten Kammer der Ständeversammlung freiwillig ausgetretenen Abgeordneten des 20. Aelter-Wahlbezirks, Rechtsanwalt Stigler, betreffend. (Mit der Leitung als landesherrlicher Kommissär wird Geh. Regierungsrath Fröhlich in Karlsruhe beauftragt.) b) Die Staatsprüfung der Lehramts-Kandidaten für 1863 betreffend. Darnach wurden von den zur Staatsprüfung für 1863 zugelassenen wissenschaftlich gebildeten Lehramts-Kandidaten nachfolgende unter die Zahl der Lehramts-Praktikanten aufgenommen: Aug. Behagel von Mannheim, M. Büchle von Staußen, Jos. Haack von Mingsolsheim, H. Hansjacob von Haslach, D. Bender von Weinheim, R. Rückert von Beckstein, E. Eberstein von Rappenaau, Ferner für Mathematik und Naturwissenschaften: H. Müller von Freiburg. c) Die Uebersicht der Schülerzahl an der Polytechnischen Schule im Studienjahr 1863/64 betreffend. 3) Bekanntmachungen des großh. Handelsministeriums. a) Die Ertheilung von Erfindungspatenten an Christian Schiele in Manchester für die von ihm erfundenen Verbesserungen an Turbinen betreffend. b) Den Fahrposttarif betreffend. c) Die Taxe der sog. Aufgabeschein-Gebühren bei der Fahrpost betreffend. d) Das Gütertransport-Reglement für die großh. Staats-Eisenbahn und die unter Staatsverwaltung stehenden Privat-Eisenbahnen betreffend. 4) Bekanntmachung des großh. Ministeriums der Finanzen: Verordnung, den Vollzug des Weinsteuer-Gesetzes vom 19. März 1858 betreffend.

III. Todesfall. Gestorben ist: am 2. d. Mts. der Regierungskrevisor Rechnungsrath Jos. Müller zu Mannheim.

Frankfurt, 19. Dez. (Mannh. Korr.) Die Mitglieder des Komitees zur Vorbereitung der übermorgen hier stattfindenden Abgeordnetenversammlung sind bereits heute hier eingetroffen. In der morgigen Sitzung dieses Komitees wird die formelle Fassung der Resolutionen, welche am Montag zur Berathung und Beschlussfassung vorgelegt werden sollen, festgestellt werden. Auf morgen Abend sind alle Theilnehmer an der Versammlung zu einer Vorberechnung eingeladen, die im Saalbau stattfinden wird, in welchem auch übermorgen die allgemeine Versammlung abgehalten wird. Die Zahl der Theilnehmer läßt sich heute noch nicht bestimmen; man weiß nur, daß vom preussischen Abgeordnetenhause 50 bis 60 Mitglieder morgen hier eintreffen werden. Auch von der bayerischen Ersten Kammer ist bereits seit heute ein Mitglied, Frhr. v. Thingen, hier anwesend und mehrere andere bayerische Reichsräthe sollen bis morgen zu erwarten sein.

München, 19. Dez. (Mannh. Korr.) Gestern Abend kam Sr. Hoheit der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein hier an und stieg im „Bayerischen Hofe“ ab. Sr. Hoheit reist unter dem Namen Graf Stormarn-Augustenburg; in seiner Begleitung befinden sich die beiden Grafen v. Kankau, Geh. Rath v. Stockhausen und ein zahlreiches Gefolge.

München, 19. Dez. Das bereits telegraphisch erwähnte Handschreiben Sr. Maj. an den Staatsminister des königl. Hauses und des Außern, Frhrn. v. Schrenk, vom 17. d. lautet nach der „Bayer. Ztg.“ vollständig: Mein lieber Hr. Staatsminister Frhr. v. Schrenk! Von Ihrem Bericht d. d. 15. Dez. 1863 über die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit habe Ich Kenntniß genommen. Indem Ich die von Ihnen bisher befolgte Politik gutheiße, nehme Ich Veranlassung, zu erklären, daß Ich den Eupulationen des Londoner Protokolls fortwährend die Anerkennung verweigere, und eben so entschieden meine Zustimmung für einen nachträglichen Beitritt hiezu verweigere; daß Ich die Erbanspruch der herzoglichen schleswig-holstein-sonderburg-augustenburgischen Linie für rechtlich begründet erachte und bereit bin, mit allen Kräften für die Durchführung der hiedurch bedingten Politik, für die Rechte der Herzogthümer und Deutschlands einzustehen, in dem festen Vertrauen, daß Ich Mich hiebei in voller Uebereinstimmung mit Meinem treuen Volk befinde. — Aber getreu Meinen Pflichten als deutscher Bundesfürst, und wohl erwägend die Lage der Dinge, hoffe Ich der Zustimmung aller Besonnenen sicher zu sein, wenn Ich das vor-

*) Aus einem gestern (21.) Nachmittag ausgegebenen Extrablatt wiederholt.

